

Sonderjagdinitiative: Cavigelli sagte den Volksvertretern nicht alles

Das Bundesamt für Umwelt hielt die Sonderjagdinitiative für rechtskonform und somit für gültig. Nur wusste das Bündner Parlament nichts davon, als es die Initiative seinerseits für ungültig erklärte. Regierungsrat Mario Cavigelli wollte es so.

von Stefan Bisculm

Das Fazit des Bundesamts für Umwelt (Bafu) war klar: Die Sonderjagdinitiative verstösst nicht offensichtlich gegen Bundesrecht. So steht es am Ende eines vierseitigen Schreibens, welches das Bafu an den Bündner Regierungsrat Mario Cavigelli geschickt hat, rund einen Monat bevor die Initiative im Bündner Parlament behandelt wurde.

Nur: Niemand wusste damals von der Existenz des Schreibens, welches der «Südostschweiz» heute vorliegt. Zumindest keiner der Grossräte, die am 9. Februar über die Rechtskonformität der Sonderjagdinitiative entscheiden mussten. Einer Initiative, welche zuvor von rekordverdächtigen 11 000 Stimmberechtigten unterschrieben worden war.

Selbst die Mitglieder der vorberatenden Kommission hatten keine Kenntnis vom Schreiben des Bafu.

CVP-Regierungsrat Cavigelli hatte das Bafu selber um dessen Sichtweise angefragt und eine Antwort noch vor der Behandlung durch die grossräthliche Vorberatungskommission und des Bündner Parlaments erbeten. Doch selbst die Mitglieder der Vorberatungskommission, die zehn Tage nach Erhalt des Schreibens tagte, erfuhren nichts von der Stellungnahme des Bafu, die der Sichtweise der Regierung diametral widersprach.

Der Ausgang der Geschichte ist bekannt: Das Parlament erklärte die Sonderjagdinitiative am 9. Februar mit 79:36 Stimmen für ungültig, im Wissen, dass die Volksinitiative zu den verfassungsrechtlich am besten geschützten Instrumenten der direkten Demokratie zählt. Die Initianten akzeptierten den Entscheid nicht und gelangten ans Bundesgericht. Dieses drehte den



«Nicht relevant»: Regierungsrat Mario Cavigelli hat vor der Sonderjagddebatte im Grossen Rat die Meinung des Bafu für sich behalten.

Bild Yanik Bürkli

Entscheid, und die Initiative, welche die Sonderjagd abschaffen will, kommt nun doch vors Volk (Ausgabe vom 9. November).

Für Fraktionschefs ist Bafu-Stellungnahme relevant...

Der Schriftwechsel zwischen Cavigelli und dem Bafu kann heute nachgelesen

werden, weil Radio Südostschweiz die Briefe mit Verweis auf das Öffentlichkeitsgesetz beim Bafu eingefordert hatte. Dessen Inhalte – und vor allem Cavigellis Umgang damit – kommt bei den meisten Fraktionspräsidenten der Bündner Parteien nicht gut an. «Die Informationen im Schreiben des Bafu wären für uns relevant gewesen», fin-

det etwa Gian Michael, Fraktionschef der BDP. Die Meinung des Bafu als Vertreterin des übergeordneten Rechts wäre seiner Ansicht nach für die Meinungsbildung zentral gewesen. «Ich kann mir gut vorstellen, dass die Meinungen in der Kommission anders ausgefallen wären, wenn die Mitglieder Kenntnis von der Sichtweise des Bafu gehabt hätten», sagt Michael. Die BDP hatte die Sonderjagdinitiative im Grossen Rat geschlossen mit 26:0 Stimmen für ungültig erklärt.

Vera Stiffler von der FDP meint ebenfalls, dass die Kommission in einem solchen Fall in Kenntnis gesetzt werden müsse. Und selbst Marcus Caduff von der CVP findet, diese Information wäre für die Kommission «wichtig» gewesen. Trotzdem bezweifeln beide, dass dies etwas am Ausgang der Schlussabstimmung geändert hätte. Die FDP (19:13) und die CVP (28:3) hatten die Initiative ebenfalls für ungültig erklärt.

Die SVP (6:2) und die SP (13:2) waren die beiden einzigen Parteien, welche die Initiative für gültig erklärten. «Wenn es um so zentrale Themen wie demokratische Grundrechte geht, müssten dem Parlament alle wichtigen Informationen so früh und so umfassend wie möglich zur Abwägung vorgelegt werden», sagt SP-Fraktionschef Conradin Caviezel. Und die Stellungnahme des Bafu wäre für ihn zweifellos eine wichtige Information gewesen.

Jan Koch, Fraktionspräsident der SVP, ist überzeugt, dass das Vorgehen von Cavigelli Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hatte: «Diese Information wäre matchentscheidend gewesen.» Er will nun die Fragestunde der Dezembersession dazu nutzen, um Cavigelli in dieser Angelegenheit auf den Zahn zu fühlen.

... nicht so für Mario Cavigelli

Gegenüber der «Südostschweiz» bezeichnet Cavigelli sein Vorgehen als üblich im Vorfeld einer Abstimmungsdebatte. Die Stellungnahme des Bafu habe er den Volksvertretern nicht vorgelegt, weil er das Schreiben als nicht relevant für die Meinungsbildung eingeschätzt habe. Und daran habe sich

nichts geändert. «Wir haben zwei Gutachten erstellen lassen, die sich viel gründlicher mit der Initiative auseinandergesetzt haben als das Bafu. Diese Gutachten waren für uns deshalb als einzige relevant.» Nur die Gesamtregierung habe er mündlich von der abweichenden Meinung des Bafu in Kenntnis gesetzt, so Cavigelli.

«Diese Information wäre matchentscheidend gewesen.»

Jan Koch
SVP-Fraktionspräsident

Die Antwort des Bafu habe er vor der Kommissionsitzung und der Grossratsdebatte erbeten, weil er diese von den eigenen Gutachtern habe überprüfen lassen wollen. Dass sich die Einschätzung von Umweltbehörden des Bundes mit jener des Kantons nicht immer deckt, sei kein unüblicher Umstand. «Die Argumentation des Bafu änderte nichts an der Schlussfolgerung unseres Obergutachters Tomas Poledna. In einem Schreiben an uns bestätigte er seine Meinung in aller Deutlichkeit», betont Cavigelli. Damit habe sich auch gezeigt, dass das Gutachten «belastbar» sei. «Es gab für uns deshalb keine Veranlassung, der Sichtweise des Bafu noch grösseres Gewicht zu verleihen.»

«Wir wissen einfach»

Cavigelli war sich seiner Sache am 9. Februar so sicher, dass er in der Debatte im Grossen Rat keinen Zweifel an der Richtigkeit der regierungsrätlichen Position aufkommen liess, wie ein Blick ins Ratsprotokoll zeigt: «Wir wissen einfach, es ist aus unserer Sicht klar, das Waldrecht und das eidgenössische Jagdrecht sind nicht einhaltbar mit der Initiative, und somit ist diese ungültig.»

So kann man sich irren.

Wenn die Schweiz um drei Grad wärmer wird

Wie wird die Schweiz bei einer Durchschnittstemperatur von plus drei Grad im Vergleich zu heute aussehen? Dieser Frage widmen sich heute die SRG-Fernsehsender an ihrem ersten nationalen Thementag. Aus Graubünden berichtet Radiotelevision Svizra Rumantscha.

von Fadrina Hofmann

Nach Aussagen von Schweizer Wissenschaftlern wird die Durchschnittstemperatur bis Ende des Jahrhunderts um rund drei Grad ansteigen. Der Klimawandel wird tief greifende und dauerhafte Veränderungen mit sich bringen. Manche davon werden uns vor grosse Herausforderungen stellen, wie zum Beispiel heftige Wetterereignisse oder verschwindende Gletscher. Doch auch einige positive Aspekte sind abzusehen, wie etwa sauberere Atemluft dank geringerer CO₂-Emissionen, eine natürlichere Landwirtschaft oder der Ausbau des Sommertourismus in den Bergen.

Die SRG-Fernsehsender widmen sich heute ab 20.05 Uhr drei Stunden lang gleichzeitig, viersprachig und zur Primetime dem Thema Klimawandel.

Live-Berichterstattung, ein Spielfilm, Reportagen, Experten und eine Meinungsumfrage gehören zu diesem national ausgerichteten Projekt. «Die Problematik wird insbesondere aus Schweizer Sicht und in ihrer ganzen Komplexität durch zahlreiche Linsen betrachtet werden. Dabei soll die Sendung aber weder angsteinflößend noch schreckenerregend wirken. Wir möchten vor allem die jungen Menschen erreichen, die am meisten von der Zukunft unseres Planeten abhängen», erklärt Projektleiter Olivier Cajoux.

Aus Graubünden berichtet Radiotelevision Svizra Rumantscha. Die Moderation auf SRF Info übernehmen Andri Franziscus aus Guarda und Annina Campell aus Cinuoschel. «Wir versuchen aufzuzeigen, welche Konsequenzen es für unseren Kanton haben wird,



Moderatorduo: Annina Campell und Andri Franziscus berichten live.

Bild RTR

wenn die Temperatur um drei Grad steigt», sagt Franziscus. Themen sind unter anderem die Wasserknappheit und der Tourismus.

Die längste romanische Sendung

Im Studio in Chur begrüsst Franziscus unter anderem Gäste wie den Klimatologen Jan Sedlacek aus Sent, den Oberengadiner Glaziologen Felix Keller, die Geschäftsführerin von WWF Graubünden, Anita Mazzetta, und Martin Vincenz, CEO von Graubünden Ferien. Campell meldet sich von der Aussenstelle auf dem Crap Sogn Gion bei Laax, wo sie den Touristiker Reto Gurtner als Gast begrüssen darf. «+3 grads» wird die längste rätoromanische Sendung, die es je gegeben hat», verrät Franziscus. Er freue sich auf diese Herausforderung. Im Zentrum der Sendung steht auf allen SRG-Fernsehsen-

dern ein fiktiver Dokumentarfilm mit dem Titel «Gefährlicher Sommer». Der Film erzählt in mehreren Teilen die Geschichte einer Familie im Wallis während eines Hitzesommers mit all seinen Facetten und Konsequenzen. Regisseur ist der Churer Daniel von Aarburg. Eine besondere Rolle spielen während des Abends auch die Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner und die Schriftstellerin Romana Ganzoni. Sie erhalten eine Carte blanche für Kritik und Fragen auf Social Media.

Gemäss Franziscus ist «+3 grads» der Start für ein langfristiges Projekt. Jedes Jahr soll es künftig einen nationalen SRG-Thementag geben.

«+ 3 Grad» wird heute ab 20.05 Uhr auf SRF 1, SRF Info für RTR, RTS Un, und RSI LA 1 ausgestrahlt.